

Aufstandshoffnungen, Neuorientierung und Wiedererrichtung Polens: Zur öffentlichen Debatte über das deutsch-polnische Verhältnis im Ersten Weltkrieg

von Robert Spät

„Die öffentliche Meinung über Polen ist heute in Deutschland wieder ungünstiger“, stellte die „Kölnische Volkszeitung“ am 29. Dezember 1914 fest. „Am Beginn des Krieges“, fuhr das Blatt fort, „war sie entschieden polenfreundlich und dies auf Grund von Annahmen, die keiner näheren Prüfung standhielten. [Viele; R. S.] sprachen von der Wiederaufrichtung Polens, dabei aber galt zweierlei als politisches Dogma: der sofortige Polenaufstand und der glühende Haß *aller* Polen gegen Rußland.“¹

Mit diesen Worten leitete das Zentrumsblatt ein Resümee der öffentlichen Debatte über die „polnische Frage“ in den ersten Kriegsmonaten ein. Scharf verurteilte das Blatt all jene deutschen Zeitungen, die sich nach anfänglicher Aufstandseuphorie mit Blick auf Kongresspolen enttäuscht gezeigt hätten und in altbekannte antipolnische Vorurteile verfallen seien. Dem hielt die Zeitung die Loyalität und Pflichterfüllung der preußischen und galizischen Polen in den Heeren Deutschlands und Österreich-Ungarns entgegen und rühmte die Tapferkeit der Polnischen Legionen, die zu Kriegsbeginn eigenmächtig die Kampfhandlungen gegen Russland eröffnet hätten. In der polnischen Bevölkerung Kongresspolens werde den Mittelmächten große Sympathie entgegengebracht, die wegen des Aufmarschs der russischen Heere nicht öffentlich habe bekundet werden können. Abschließend plädierte das Blatt für eine differenzierte und gerechte Beurteilung der Polen in den drei Teilungsgebieten und blickte mit den Worten: „Die neue Stimmung wird und muß bald kommen“ erwartungsvoll einer Neuorientierung im deutsch-polnischen Verhältnis entgegen.²

Der Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ warf ein Schlaglicht auf die „polnische Frage“ und benannte mit den Aufstandshoffnungen, der Haltung der Polen im Krieg und einer möglichen Neuorientierung bedeutende Themen der öffentlichen Debatte. Im Folgenden werden am Beispiel der deutsch- und polnischsprachigen Presse in Deutschland und Österreich-Ungarn die in den Öffentlichkeiten beider Länder geführte Debatte über das deutsch-polnische Verhältnis zu Kriegsbeginn, die zentral diskutierten Themen und schließlich die Veränderungen in der Debatte im Verlauf des Weltkrieges untersucht.³

1 OFB: Die Polen und die deutsche Öffentlichkeit [sic!], in: Kölnische Volkszeitung 1110 v. 29. Dezember 1914 (kursive Hervorhebung im Original gesperrt).

2 Ebenda.

3 Öffentlichkeit bildet einen spezifischen Kommunikationsraum zahlreicher konkurrierender Diskurse, der gesellschaftlichen Verständigung und Konfliktaustragung, der Artikulation von Interessen sowie der Konstruktion und Legitimierung von Herrschaftsverhältnissen. Dabei handelte es sich im Kaiserreich nicht mehr um ein überwiegend geschlossenes bürgerliches Phänomen, sondern um eine pluralistische Öffentlichkeit, in der Akteure und Medien aus verschiedenen politischen Lagern und gesellschaftlichen Schichten miteinander kommunizierten und diskutierten. Karl Christian Führer, Knut Hickethier u.a.: Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001),

Kein Aufstand in Kongresspolen: Die deutsche und polnische Presse zu Kriegsbeginn

Mit der Julikrise 1914 und dem Beginn des Weltkrieges verschwanden die repressive preußische Polenpolitik und der Konflikt zwischen preußischer Staatsregierung und deutscher Bevölkerung auf der einen Seite sowie der polnischen Bevölkerung auf der anderen Seite aus dem Fokus der Presse. Diese Auseinandersetzung hatte im Deutschland der Vorkriegszeit die öffentliche Debatte über die „polnische Frage“ bestimmt. Stattdessen beherrschte nun der Krieg die Presse: Die Zeitungen berichteten über die sich überschlagenden Ereignisse, die Mobilmachungen, Kriegserklärungen und den Beginn der Kämpfe. Zugleich änderten sich die Rahmenbedingungen der öffentlichen Kommunikation grundlegend. Die Militärbehörden übernahmen die oberste regionale Kontrollgewalt und schränkten die Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit ein, die Presseberichterstattung unterlag der Prüfung durch die Zensurbehörden; Ende August 1914 untersagte die Reichsleitung die öffentliche Erörterung von Kriegszielen, und im Zeichen der Burgfriedenspolitik wurden die innenpolitischen Konflikte ausgesetzt.⁴

Für die Debatte über die „polnische Frage“ war bedeutend, dass die deutschen Rechten – Konservative, Nationalliberale und radikale Nationalisten – ihre Propaganda großenteils hinter die Kulissen der Öffentlichkeit verlagerten und vor allem in vertraulichen Denkschriften für ihre Kriegsziele warben. Auch der radikalnationalistische „Deutscher Ostmarkenverein“, der für seine antipolnische Agitation berüchtigt war, hielt sich nun öffentlich zurück. Angriffe der polnischen Nationaldemokraten gegen die gemäßigten und loyalen preußischen Polen wurden von den Zensurbehörden unterbunden.⁵ Die in der Vorkriegszeit meinungsführenden Akteure und Medien im deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt waren somit seit Kriegsbeginn in der Öffentlichkeit weniger präsent.

Der Blick deutscher und österreichischer Zeitungen richtete sich auf Kongresspolen, das zum Hauptkriegsschauplatz zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland werden sollte. Unter Titeln wie „Drohender Aufstand in Kongresspolen“ oder „Alle Polen gegen Rußland!“ erörterten sie einen möglichen polnischen Aufstand gegen die russische Herrschaft. Sie begrüßten entsprechende Aufrufe polnischer Parteien und Gruppen aus Warschau und Galizien, denn eine Erhebung könne nicht nur die russische Offensive schwächen, womöglich sogar verhindern, sondern wäre auch ein deutliches Zeichen der Parteinahme zugunsten der Mittelmächte.⁶ So berichtete die liberale „Frankfurter Zeitung“ über Meutereien, Kundgebungen und die Bildung von Freischaren gegen die russischen Truppen,⁷ das

S. 1-38, hier S. 2-11; Kurt Imhof: „Öffentlichkeit“ als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 46 (1996), S. 3-25, hier S. 4.

4 Vgl. Kurt Koszyk: Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968, S. 68-83.

5 Vgl. Felix-Heinrich Gentzen: Der deutsche Ostmarkenverein von 1914 bis 1918, in: Adam Galos, Felix-Heinrich Gentzen u.a. (Hrsg.): Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein (1894–1934). Ein Beitrag zur Geschichte der Ostpolitik des deutschen Imperialismus, Berlin (Ost) 1966, S. 265-314, hier S. 265 f.; Marek Rajch: Preußische Zensurpolitik und Zensurpraxis in der Provinz Posen 1848/49 bis 1918, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 56 (2002), S. 1-77, hier S. 60.

6 Drohender Aufstand in Kongresspolen, in: Kölnische Volkszeitung 698 v. 6. August 1914; „Alle Polen gegen Rußland!“, in: Freie Presse (Elberfeld-Barmen) 183 v. 8. August 1914; Die russischen Polen gegen Rußland, in: Posener Neueste Nachrichten 4624 v. 7. August 1914.

7 Vgl. Frankfurt, 10. August, in: Frankfurter Zeitung v. 10. August 1914, Abendblatt.

deutsch-nationale „Posener Tageblatt“ deutete dramatische Reiseberichte aus Kongresspolen als Anzeichen einer Revolution.⁸ Als die katholische Wiener „Reichspost“ einen Aufruf aus Warschau abdruckte, der eine detaillierte Handlungsanleitung zu Vorbereitung, Ausrüstung und Verhalten der polnischen Bevölkerung während eines Aufstandes enthielt,⁹ schien die Erhebung unmittelbar bevorzustehen.

In ihren erwartungsvollen Artikeln übertrugen die Zeitungen die in Deutschland und Österreich-Ungarn infolge des Kriegsausbruchs herrschende Erregung auf Kongresspolen und hofften, dass die polnische Bevölkerung sich am Kampf gegen Russland beteiligen werde. Deutlich knüpften sie an die Tradition der polnischen Aufstände gegen Russland an und verwiesen auf die strenge Russifizierungspolitik in der Vorkriegszeit. Die Zuversicht wurde gestützt durch Aufrufe von deutschen und k.u.k.-Heerführern zur Befreiung Kongresspolens von russischer Herrschaft.¹⁰ Selbst ein Manifest des russischen Oberbefehlshabers Großfürst Nikolaj Nikolaev, das als Belohnung für den Kampf gegen die Mittelmächte ein vereintes autonomes Polen innerhalb des Russischen Reiches versprach, konnte die Aufstandshoffnungen der deutschen Presse nicht trüben, sondern wurde als unaufrichtiges Täuschungsmanöver bewertet.¹¹

Die Suche nach Verbündeten im Krieg motivierte die Berichterstattung über Polen, denn insbesondere in den ersten Kriegswochen, als zur Umsetzung des Schlieffen-Plans der Großteil des deutschen Heeres in Frankreich kämpfte, hätte ein Aufstand in Kongresspolen für militärische Entlastung an der Ostfront Deutschlands gesorgt. Das angespannte preußisch-polnische Verhältnis wurde in der Berichterstattung zumeist ausgeblendet; Kritik gegenüber den Erwartungen an die Polen war nur vereinzelt zu finden. So verurteilte der sozialdemokratische „Vorwärts“ die Aufrufe an die waffenlosen Polen zum aussichtslosen Kampf gegen die übermächtigen russischen Truppen scharf.¹² Das Zentrumsblatt „Kölnische Volkszeitung“ erläuterte mit etwas zeitlichem Abstand, dass die beherrschte Haltung der Bevölkerung Kongresspolens allein der Pflichterfüllung gegenüber dem russischen Staat geschuldet sei und die preußischen Polen gleichfalls pflichtgemäß in den deutschen Heeren dienten.¹³

8 Vgl. Ein polnischer Aufstand in Kongresspolen in Vorbereitung, in: Posener Tageblatt 365 v. 7. August 1914; Revolution in Warschau?, in: Posener Tageblatt 368 v. 8. August 1914; Warschau in Flammen?, in: Posener Tageblatt 368 v. 8. August 1914; Der Aufstand in Kongresspolen, in: Posener Tageblatt 370 v. 10. August 1914; Der polnische Volkskrieg gegen Rußland, in: Posener Tageblatt 375 v. 13. August 1914.

9 Vgl. Gärung in Kongresspolen. Ein Aufruf zum Aufstande, in: Reichspost 366 v. 5. August 1914. Siehe auch: Aus Kongresspolen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung 182 v. 6. August 1914.

10 Vgl. Wiesława Toporowicz: Sprawa polska w polityce rosyjskiej 1914–1917 [Die polnische Frage in der russischen Politik 1914–1917], Warszawa 1973, S. 87; Werner Conze: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln u.a. 1958, S. 46–48.

11 Vgl. Um Polens Hilfe!, in: Vorwärts 221 v. 15. August 1914; Das russische Liebeswerben um die Polen, in: Tägliche Rundschau 384 v. 16. August 1914; Rußland. Ein Appell an die „slawische Sache“, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung 192 v. 16. August 1914, zweite Ausgabe. Vgl. Toporowicz, Sprawa polska (wie Anm. 10), S. 86–93.

12 Vgl. Die politischen Strömungen in Kongresspolen, in: Vorwärts 241 v. 4. September 1914. Siehe auch: Die Haltung der Polen, in: Kölnische Volkszeitung 1079 v. 17. Dezember 1914.

13 Vgl. OFB, Die Polen (wie Anm. 1).

Hingegen erklärten deutsche konservative Zeitungen und Publizisten das Ausbleiben des Aufstands mit der angeblich wirkmächtigen Russophilie in der polnischen Bevölkerung.¹⁴ Besonders Maximilian Harden und George Cleinow, die Herausgeber der politisch-literarischen Zeitschriften „Die Zukunft“ bzw. „Die Grenzboten“, kritisierten in polemischen Artikeln die Passivität der Polen im russischen Teilungsgebiet. Sie werteten diese als Ausdruck entschiedener Loyalität zu Russland, zumindest aber als bloßes Taktieren, sich im Krieg keinesfalls voreilig auf eine Seite festzulegen.¹⁵

Die Äußerungen der einflussreichen deutschen Publizisten provozierten eine entschiedene Entgegnung Wilhelm Feldmans, eines aus Galizien stammenden polnisch-jüdischen Publizisten. Feldman war im Auftrag des Obersten Polnischen Nationalkomitees in Krakau (Naczelny Komitet Narodowy, NKN) nach Berlin entsandt worden, wo er in den politisch maßgebenden Kreisen und in der deutschen Öffentlichkeit für die Abtrennung Kongresspolens von Russland und die Angliederung an Österreich-Ungarn warb.¹⁶ In einem in deutscher Sprache verfassten offenen Brief kritisierte er die negative Berichterstattung Hardens und Cleinows heftig. Nachdrücklich widersprach er der angeblichen polnischen Russophilie und beschrieb stattdessen ein „unterirdisches Warschau“, wo revolutionäre und patriotische Arbeiter und Bürger für die Abspaltung Polens von Russland wirkten.¹⁷ Die Erfolgsaussichten eines Aufstands in Kongresspolen seien angesichts der aufmarschierten russischen Armeen, der Einberufung vieler Polen in den Heeresdienst und der fehlenden Ausrüstung jedoch äußerst gering. Vielmehr verkörpere sich die antirussische Haltung der Polen in den Polnischen Legionen, die sich mit ihren Kämpfen gegen russische Truppen eindeutig auf die Seite der Mittelmächte geschlagen hätten.¹⁸ Darüber hinaus skizzierte Feldman die Bedrohung durch ein nach Westen expandierendes Russisches Reich, dem die Mittelmächte nur mithilfe eines starken polnischen Staates als Bündnispartner begegnen könnten. Als ersten Schritt hin zur Wiedererrichtung Polens suchte er die deutsche Öffentlichkeit auf eine positive Erörterung der „polnischen Frage“ festzulegen, denn laut Feldman würden die Polen von einer antipolnischen Debatte abgestoßen, von der einzig der Kriegsgegner Russland profitiere.¹⁹

14 Vgl. B. M.: Das russische Polentum und der Krieg, in: Kreuzzeitung 576 v. 28. November 1914.

15 Vgl. [Maximilian Harden]: Hört ihr die Toten?, in: Die Zukunft 23 (1914), Nr. 4, S. 97-128; George Cleinow: Die Polen und Rußland, in: Die Grenzboten 73,4 (1914), Nr. 41, S. 33-39.

16 Vgl. Aleksandra Garlicka: Organizacja akcji prasowej Naczelnego Komitetu Narodowego [Die Organisation der Presseaktivitäten des Obersten Nationalkomitees], in: Roczniki Historii Czołpismnictwa Polskiego 3 (1964), Nr. 2, S. 86-144, hier S. 95-97; Jan St. Miś: Idea niepodległości w myśli politycznej Wilhelma Feldmana [Die Idee der Unabhängigkeit im politischen Denken Wilhelm Feldmans], in: Ders. (Hrsg.): Twórcy polskiej myśli politycznej [Die Begründer des polnischen politischen Denkens], Wrocław 1978, S. 107-134, hier S. 110 f., 25 f.

17 Wilhelm Feldman: Zur Lösung der polnischen Frage. Offener Brief an Herrn George Cleinow, Redakteur der „Grenzboten“, und Herrn Maximilian Harden, Redakteur der „Zukunft“, Berlin 1914, S. 11 f., 19.

18 Vgl. Ebenda, S. 8. – Gleichmaßen erhob der in Deutschland lebende polnische Dichter Stanisław Przybyszewski die Polnischen Legionen zum Ersatz für den „unsinnige[n] Selbstmord“ einer Massenerhebung in Kongresspolen. Stanisław Przybyszewski: Und der polnische Aufstand?, in: Der Tag v. 3. Februar 1915, illustr. Teil. Siehe auch: Ders.: Polen und der heilige Krieg, München 1915, S. 55-58, 82-88.

19 Feldman, Lösung (wie Anm. 17), S. 28-33.

Die polnischsprachigen Zeitungen in Deutschland beteiligten sich hingegen kaum an den Spekulationen über eine mögliche Erhebung, sondern mahnten zu Ruhe und Besonnenheit. Denn sie fürchteten, dass die polnische Bevölkerung in Kongresspolen zum großen Leidtragenden der Kämpfe zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland werde. Allein schon die Tatsache, dass Polen in verschiedenen Armeen gegeneinander kämpften und „der Bruder seine mörderische Waffe gegen den Bruder“ erheben müsse, während über ihre Köpfe hinweg über ihr Los entschieden werde, war aus Sicht des nationaldemokratischen „Dziennik Poznański“ [Posener Tageblatt] unerträglich.²⁰

Stattdessen waren für die polnische Presse in Deutschland andere Themen relevant. Trotz ihrer Vorbehalte gegen den Krieg der Teilungsmächte gaben sich die Zeitungen vordergründig staatsreu, veröffentlichten die Mobilisierungsbekanntmachungen, die Appelle zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Freiwilligenmeldung.²¹ Eine offen ablehnende Haltung wäre von den Behörden als Verrat gewertet und bestraft worden; allein die präventive Verhaftung von polnischen Redakteuren in Preußen zu Kriegsbeginn sowie die schärfere Pressekontrolle zeigten deutlich, dass abweichende Meinungen nicht toleriert würden. Daher drückten polnische Zeitungen wie der oberschlesische „Katolik“ [Der Katholik] ihre Distanz zur Obrigkeit aus, indem sie Berichte über die Massenkundgebungen oder die Ansprachen Kaiser Wilhelms II. an die deutsche Nation zwar wiedergaben, diese aber nicht kommentierten.²² Damit wurde nahegelegt, dass die Artikel nur der Information dienten, der Krieg aber allein die Deutschen betreffe. In ihren Leitartikeln und Kommentaren machten polnische Zeitungen jedoch deutlich, wem ihre Loyalität letztlich galt: Während der „Katolik“ seine Leser ermahnte, angesichts einer ungewissen Zukunft allein in Gott zu vertrauen,²³ erhob der „Dziennik Poznański“ allgemein die Interessen der Nation zum höchsten Wertmaßstab, wobei das Blatt offenkundig auf die „polnische Nation“ anspielte.²⁴ Indem sich die polnische Presse in Deutschland demonstrativ außerhalb der deutschen Nation positionierte, bildete sie weiterhin eine sprachlich und national klar abgegrenzte Gegenöffentlichkeit.

Großen Raum in der Berichterstattung polnischsprachiger Zeitungen nahmen die Kämpfe in Kongresspolen ein: Neben entsprechenden Meldungen aus den Hauptquartieren druckten sie Artikel aus anderen Blättern sowie Berichte und Briefe von Augenzeugen ab. Im August 1914 standen der Einmarsch in Kalisz (Kalisch) und die Zerstörung der Stadt im Fokus.

20 Z Nowym Rokiem [Zum neuen Jahr], in: Dziennik Poznański 1 v. 1. Januar 1915. Ähnlich: Wojny w Król. Polskiem [Der Krieg im Königreich Polen], in: Katolik 153 v. 22. Dezember 1914.

21 Vgl. Powołanym pod broń [Ruf zu den Waffen], in: Katolik 94 v. 5. August 1914; Publiczne wezwanie [Öffentlicher Aufruf], in: Kurjer Poznański 176 v. 4. August 1914. Siehe hierzu: Keya Thakur-Smolarek: Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage. Die Interpretationen des Kriegsgeschehens durch die zeitgenössischen polnischen Wortführer, Berlin 2014, S. 73-77.

22 Exemplarisch: Parlament wobec wojny [Das Parlament angesichts des Krieges], in: Katolik 95 v. 8. August 1914; Orędzie cesarza Wilhelma do narodu [Aufruf Kaiser Wilhelms an die Nation], in: Katolik 96 v. 11. August 1914; Orędzie cesarza Wilhelma do wojska i floty [Aufruf Kaiser Wilhelms an die Armee und an die Flotte], in: Katolik 96 v. 11. August 1914.

23 Vgl. Powołanym pod broń, in: Katolik 94 v. 5. August 1915. Noch deutlicher: Nowy Rok 1915 [Neujahr 1915], in: Katolik 1 v. 2. Januar 1915.

24 W Królestwie Polskim [Im Königreich Polen], in: Dziennik Poznański 190 v. 21. August 1914. Ähnlich: Potrzeba jedności i zawartości [Notwendigkeit der Einheit], in: Kurjer Poznański 186 v. 15. August 1914.

Laut Berichten der Nachrichtenagentur „Wolffs Telegraphisches Bureau“ (W.T.B.) sei aus dem Hinterhalt auf die eingerückten deutschen Truppen geschossen worden, woraufhin bei der Gegenwehr die Häuser der Stadt in Brand geraten seien.²⁵ Bei den Angreifern habe es sich um prussische Freischärler oder um freigelassene Gefangene gehandelt, die von den russischen Truppen für ihre Attacken gegen die Deutschen bezahlt worden seien.²⁶ Dazu passte das Bild brandschatzender Kosaken, die planmäßig Städte in Brand setzten und ganze Landstriche verwüsteten, um den Vormarsch des Gegners zu behindern.²⁷ Über antirussische Stereotype, wie die Darstellung der russischen Soldaten als faul und untertänig, seelenlos und barbarisch, fanden deutsche und polnische Zeitungen eine plausible Erklärung für die Zerstörung der Stadt.²⁸ Ob es sich bei der Beschießung der Stadt um ein Kriegsverbrechen der deutschen Truppen gehandelt haben könnte, wurde hingegen weder in der deutsch- noch polnischsprachigen Presse Deutschlands und Österreich-Ungarns erörtert.²⁹

Ein weiteres zentrales Thema in der polnischsprachigen Presse waren die Polnischen Legionen, die in Galizien unter Aufsicht des k.u.k.-Armeeoberkommandos aus Freiwilligen gebildet worden waren und zu Kriegsbeginn unter der Führung Józef Piłsudskis kurzfristig die Stadt Kielce in Kongresspolen erobert hatten.³⁰ Besonders die in Krakau (Kraków) erscheinenden Zeitungen „Czas“ [Zeit], „Głos Narodu“ [Stimme des Volkes] und „Nowa Reforma“ [Neue Reform] beschrieben die zahlreichen Freiwilligenmeldungen, die Euphorie und die große Spendenbereitschaft der polnischen Bevölkerung. Die Blätter verbanden die loyale Haltung zu Kaiser Franz Joseph mit der aktiven Beteiligung am Kampf gegen Russland und belegten anhand von erfolgreich bestrittenen Kämpfen, hohen Verlusten und militärischen Auszeichnungen den Mut und die Tapferkeit der Legionen. Außerdem betonten sie das Tragen der polnischen Farben und das Singen polnischer Nationallieder durch die Legionäre.³¹ Solche nationalpolnischen Symbolhandlungen waren in Preußen verboten, doch durch einen Nachdruck dieser Artikel konnten die in Deutschland erscheinenden polnischsprachigen Zeitungen die symbolische Wirkung und Entfaltung des polnischen Pa-

25 Für die Meldungen des W.T.B. über Kalisch siehe beispielsweise: Freischärler in Belgien, Frankreich und Rußland, in: Neue Freie Presse v. 16. August 1914, Morgenblatt; Napad na wojska niemieckie w Kaliszu [Angriff auf die deutschen Truppen in Kalisch], in: Kurjer Poznański 187 v. 18. August 1914.

26 Vgl. Wer hat bei Kalisch geschossen?, in: Pester Lloyd v. 18. August 1914, Morgenblatt; Angriffe gegen die deutschen Soldaten in Kalisch und Czenstochau, in: Deutsche Presse v. 26. August 1914.

27 Vgl. Kalisz, in: Dziennik Poznański 189 v. 20. August 1914.

28 Vgl. Żołnierz rosyjski [Der russische Soldat], in: Dziennik Poznański 187 v. 18. August 1914. Das Blatt bezog sich auf einen Artikel im „Berliner Börsen-Courier“.

29 Vgl. Thakur-Smolarek, Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 21), S. 105-114.

30 Vgl. Tomasz Serwatka: Józef Piłsudski a Niemcy [Józef Piłsudski und Deutschland], Wrocław 1997, S. 35-74.

31 Vgl. die zahlreichen, in den Rubriken „Legiony“ und „Naczelny Komitet Narodowy“ abgedruckten Artikel, z.B.: Legiony [Die Legionen], in: Czas 376 v. 24. August 1914; Legiony [Die Legionen], in: Czas 378 v. 25. August 1914; Naczelny Komitet Narodowy [Das Oberste polnische Nationalkomitee], in: Głos Narodu v. 1. September 1914, Wydanie poranne [Morgenausgabe]; Naczelny Komitet Narodowy – Legiony [Das Oberste Nationalkomitee – Die Legionen], in: Nowa Reforma 350 v. 17. August 1914.

triotismus in den Legionen verdeutlichen.³² Dadurch wurde die polnische Presse Galiziens für polnischsprachige Blätter in Deutschland zum wichtigen medialen Bezugspunkt.

Das Verhalten der preußischen Polen im Krieg wurde in der polnischsprachigen Presse kaum behandelt, geriet aber in den Fokus deutscher Journalisten und Publizisten. Nach Kriegsausbruch beobachteten sie aufmerksam, wie die in Deutschland und Österreich lebenden Polen sich verhielten, ob sie ihren Pflichten als Staatsbürger nachkamen und sich persönlich und materiell an den Kriegsanstrengungen ihres deutschen bzw. österreichischen „Vaterlandes“ beteiligten.³³ Besonders in Deutschland bestanden aufgrund der repressiven preußischen Polenpolitik und einer ausgeprägten kulturellen Identität der polnischen Bevölkerung Preußens Zweifel an der Loyalität, die jedoch beruhigt wurden, als die preußischen Polen ihren Wehrdienst zuverlässig erfüllten.³⁴ Mit vorsichtigen Zugeständnissen suchte die preußische Staatsregierung die polnische Bevölkerung in ihrer größtenteils loyalen Haltung zu bestärken und zugleich den deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt zu entschärfen, ohne jedoch die repressive Polenpolitik aufzuheben.

Ausführlich beschrieb der Schriftsteller und Korrespondent des linksliberalen „Berliner Tageblatts“, Emil Ludwig, die in diesem Zusammenhang gemachten Konzessionen, etwa die Erlaubnis zur Einsetzung des polnischen Bischofs Edward Likowski als Erzbischof von Gnesen und Posen, die liberalere Handhabung der antipolnischen Ansiedlungsgesetze seit Kriegsbeginn sowie die Zugeständnisse beim Gebrauch der polnischen Sprache im Religionsunterricht und im öffentlichen Leben. Auch hätten polnische Firmen im Krieg erstmals Staatsaufträge erhalten und seien an Heereslieferungen beteiligt, zudem seien Polen in den Ausschuss der Heeresverpflegung und in das Direktorium der Kriegskreditbank berufen worden. Schließlich habe der Burgfrieden zur Aufgabe des gegenseitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykotts zwischen Deutschen und Polen geführt. Da die preußischen Polen sich seit Kriegsbeginn loyal zeigten, riet Ludwig der Staatsregierung zu weiteren Zugeständnissen und zu einer Neuorientierung der Politik.³⁵ Die präventiven Verhaftungen von polnischen Publizisten und Mitgliedern nationalpolnischer Organisationen zu Kriegsbeginn sowie das temporäre Erscheinungsverbot für polnische Zeitungen erwähnte Ludwig jedoch nicht. Entsprechende Hinweise waren vor allem der polnischsprachigen Presse in Deutschland zu entnehmen.³⁶

32 Exemplarisch: Legiony [Die Legionen], in: Dziennik Poznański 198 v. 30. August 1914; Zaprzysiężenie legionistów w Kielcach [Vereidigung der Legionen in Kielce], in: Dziennik Poznański 210 v. 13. September 1914; Bilans legionów [Bilanz der Legionen], in: Dziennik Poznański 229 v. 6. Oktober 1914; List żołnierza [Brief eines Soldaten], in: Katolik 140 v. 21. November 1914.

33 Emil Ludwig: Posen im Kriege, in: Berliner Tageblatt 606 v. 28. November 1914; OFB, Die Polen (wie Anm. 1). Siehe auch: Die Hoffnung Polens, in: Tägliche Rundschau 369 v. 23. Juli 1915.

34 Vgl. Jens Boysen: Nationale Minderheiten (Polen und Elsass-Lothringer) im preußisch-deutschen Heer während des Ersten Weltkriegs 1914–1918, in: Nordost-Archiv XVII (2008), H. 1, S. 108–136, hier S. 113–117; Alexander Watson: Fighting for Another Fatherland: The Polish Minority in the German Army, 1914–1918, in: English Historical Review 126 (2011), Nr. 522, S. 1137–1166, hier S. 1142–1151.

35 Vgl. Emil Ludwig: Posen im Kriege, in: Berliner Tageblatt 606 v. 28. November 1914. Siehe auch: Lech Trzeciakowski: Zabór pruski na przełomie epok [Das preußische Teilungsgebiet um die Jahrhundertwende], in: Dzieje Najnowsze 36 (2004), Nr. 3, S. 79–94, hier S. 83–86.

36 Siehe hierzu etwa: Aresztowanie [Verhaftung], in: Katolik 94 v. 5. August 1914; Do czytelników [An die Leser], in: Katolik 102 v. 25. August 1914; Polacy na Śląsku [Die Polen in Schlesien], in: Katolik 102 v. 25. August 1914.

Ein deutsches Medienthema im Weltkrieg: Die Verständigung zwischen Deutschen und Polen

In den ersten Monaten des Krieges war mit der Erörterung eines polnischen Aufstands, der Loyalität der polnischen Bevölkerung und einer möglichen deutsch-polnischen Verständigung eine Debatte über die „polnische Frage“ eröffnet worden, die in der Folgezeit intensiv, kontrovers, mitunter auch sehr polemisch geführt wurde und bis zum Kriegsende anhalten sollte. Daran beteiligten sich auf polnischer Seite hauptsächlich Anhänger des Krakauer Obersten Polnischen Nationalkomitees, die für die Abtrennung Kongresspolens von Russland und die Verbindung mit Galizien innerhalb Österreich-Ungarns eintraten. Diese nutzten neben Broschüren und Denkschriften die 1915 gegründeten deutschsprachigen Zeitschriften „Polnische Blätter“³⁷ und „Polen – Wochenschrift für polnische Interessen“³⁸ um die antirussische Haltung der Bevölkerung Kongresspolens zu beteuern und das Land historisch, religiös, kulturell, sprachlich und mentalitätsgeschichtlich als Teil des westeuropäischen Abendlandes darzustellen.³⁹ Dabei passten sie sich dem deutschen antirussischen Diskurs an und erweiterten diesen um eine polnische Komponente, womit sie jenseits der Kämpfe polnischer Soldaten und der Legionen auch rhetorisch am Krieg gegen Russland teilnahmen.⁴⁰ Offenbar wirkte Friedrich Naumanns im Oktober 1915 veröffentlichtes Buch „Mitteleuropa“ anregend. Der evangelische Theologe und liberale Politiker entwarf darin eine Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaft unter Führung Deutschlands und Österreich-Ungarns mit Einbeziehung der Völker Ostmitteleuropas und insbesondere eines autonomen Polens. Naumanns Mitteleuropa sollte die militärischen Eroberungen Deutschlands im Osten in einen föderativen Staatenbund überführen und bildete mit dem politisch-moralischen Führungsan-

37 Vgl. Wilhelm Feldman gab ab Oktober 1915 in Berlin die „Polnischen Blätter“ heraus, die in einer Auflage von rund 3 000 Exemplaren erschienen, wovon 2 000 an Kiosken, in Buchhandlungen und Bahnhöfen vertrieben und die übrigen Exemplare an Journalisten, Politiker und einflussreiche Personen verschickt wurden. Iwona Kotelnicka: Wilhelm Feldman – ein polnisch-jüdischer Publizist in den Diskussionen seiner Zeit, in: Eleonore Lappin, Michael Nagel (Hrsg.): Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Bd. 1: Identität, Nation, Sprache, Bremen 2008, S. 209-228, hier S. 224, Anm. 57.

38 Der Vorsitzende des NKN, Ladislaus Leopold von Jaworski (1865–1930), gab die Zeitschrift ab Januar 1915 in Wien heraus; die Auflage betrug zwischen 2 700 und 3 300 Exemplaren. Garlicka, Organizacja (wie Anm. 16), S. 104 f., 107, Anm. 80.

39 Exemplarisch: Konstantin Ritter von Srokowski: Polen und Rußland, in: Polen 1 (1915), Nr. 1, S. 4-6, Nr. 2, S. 38-42; Stanisław Kutrzeba: Gegensätze und Quellen der polnischen und der russischen Kultur, in: Polen 1 (1915), Nr. 9, S. 226-231; Ludwik Morstin: Polen und Rußland. Zwei Nationen – zwei Ideen des Slaventums, in: Polen 1 (1915), Nr. 32, S. 125-129; A. Brückner: Was war Polens historische Mission?, in: Polnische Blätter 2 (1916), Nr. 18, S. 261-267.

40 Für den deutschen antirussischen Diskurs während des Krieges: Troy R. E. Paddock: Creating the Russian Peril. Education, the Public Sphere, and National Identity in Imperial Germany, 1890–1914, Rochester/NY 2009, S. 185-210; Thomas Lindemann: Die Macht der Perzeptionen und die Perzeption von Mächten, Berlin 2000, S. 199-251. – Solche Diskurse wurden unter den Kriegsgegnern gegenseitig geführt, siehe z.B.: Hubertus F. Jahn: Die Germanen. Perzeptionen des Kriegsgegners in Russland zwischen Selbst- und Feindbild, in: Gerhard P. Groß (Hrsg.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15, Paderborn 2009, S. 165-178; Peter Hoeres: Die Slawen. Perzeptionen des Kriegsgegners bei den Mittelmächten. Selbst- und Feindbild, in: Ebenda, S. 179-200.

spruch einen Kontrapunkt zu den ausufernden Annexionswünschen der deutschen Rechten.⁴¹ An solche Entwürfe für Nachkriegseuropa anknüpfend, plädierten polnische Politiker, Intellektuelle und Publizisten in zahlreichen Veröffentlichungen für eine deutsch-polnische Verständigung, erörterten die Frage der Wiedererrichtung Polens und suchten Vorbehalte auf deutscher Seite gegen einen polnischen Staat auszuräumen.

Unter den Polen, die öffentlich und in deutscher Sprache für die Annäherung Polens an die Mittelmächte warben, waren die Publizisten Wilhelm Feldman und Władysław Studnicki führend.⁴² Beide favorisierten zu Kriegsbeginn die Angliederung Kongresspolens an Galizien, vertraten in der Folge jedoch zunehmend die Anlehnung Polens an das militärisch mächtige Deutsche Reich.⁴³ Um die Zugehörigkeit Polens zu Europa zu belegen, beriefen sie sich auf das kulturelle Erbe Polens als Teil des christlichen Abendlandes: Auf Vorstellungen des mittelalterlichen *Antemurale Christianitatis* aufbauend, die zu einem Teil des nationalen polnischen Selbstverständnisses geworden waren, konstruierten sie einen unüberbrückbaren Antagonismus zwischen dem auf katholischer Religion und lateinischer Sprache gründenden Europa und dem von Orthodoxie und Byzantinismus geprägten Osten, den Feldman mit den Attributen „rückständig“ und „barbarisch“ bedachte.⁴⁴ Die angeblich strikt antirusische Haltung der polnischen Bevölkerung diene als deutlicher Ausweis der Zugehörigkeit zu Europa. Ferner unterstrichen die beiden Publizisten den Anspruch auf die südlichen und östlichen Gebiete des historischen Polens, um mit der territorialen Ausdehnung in dieser Richtung eine „polnische Kriegsfront“ gegen Russland zu schaffen.⁴⁵

Von der Wiedererrichtung des polnischen Staates und einem Bündnis mit Deutschland versprachen sich Feldman und Studnicki nicht nur politische, wirtschaftliche und militärische Vorteile für Polen. Sie betonten vielmehr auch den Nutzen für Deutschland, das einen militärischen Verbündeten gewinne, neue Absatzmärkte erschließe und ertragreiche Investi-

41 Vgl. Friedrich Naumann: *Mitteleuropa*, Berlin 1915, für die knappen Ausführungen zur Stellung Polens innerhalb Mitteleuropas, S. 100; sowie der Abschnitt „Mitteleuropa“ in: Ders.: *Österreich-Ungarn, der Waffengefährte Deutschlands*, Berlin 1917, S. 38-48, insbes. S. 45 f. Ausführlicher der 1917 entstandene Reisebericht Naumanns nach einer Reise in das besetzte Polen: Ders.: *Was wird aus Polen?*, Berlin 1917.

42 Der aus einer polnischen Adelsfamilie im lettischen Daugavpils (Dünaburg) stammende Journalist und Politiker Władysław Studnicki (1867–1953) stand Ende des 19. Jahrhunderts dem Sozialismus nahe, näherte sich dann der polnischen Nationalbewegung an und wurde während des Ersten Weltkrieges zu einem der stärksten und wirkmächtigsten Verfechter eines deutsch-polnischen Bündnisses. Włodzimierz Suleja: *System polityczny Władysława Studnickiego (do roku 1918)* [Das politische System Władysław Studnickis (bis 1918)], in: *Miś* (Hrsg.), *Twórcy* (wie Anm. 16), S. 135-178.

43 Jakub Glabiszewski: *Rosja w myśli politycznej Wilhelma Feldmana* [Russland im politischen Denken Wilhelm Feldmans], in: *Studia Historyczne* 50 (2007), Nr. 1, S. 45-62, hier S. 53; Suleja, *System polityczny* (wie Anm. 42), S. 171.

44 Wilhelm Feldman: *Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich*, Berlin 1915, S. 16 (Zitat); ders.: *Deutschland, Polen und die russische Gefahr*. Mit einem Vorwort von Alexander Brückner, Berlin 1915, S. 52-69; Władysław von Studnicki: *Die Umgestaltung Mittel-Europas durch den gegenwärtigen Krieg*. Die Polenfrage in ihrer internationalen Bedeutung, Wien [1915], S. 9 f.

45 Studnicki, *Umgestaltung* (wie Anm. 44), S. 13-16, 19 (Zitat) u. passim; Feldman, *Lösung* (wie Anm. 17), S. 29; ders., *Deutschland* (wie Anm. 44), S. 79 f.; ders.: *Die staatsbildenden Faktoren Polens*, in: *Kieler Neueste Nachrichten* v. 9. November 1916.

tionsmöglichkeiten erhalte.⁴⁶ Die „politische Freundschaft zwischen Polen und Deutschen“ sei möglich, bekräftigte Feldman seinen Standpunkt in der für eine deutsche Großmachtrolle und einen ethischen Imperialismus eintretenden Zeitschrift „Das größere Deutschland“.⁴⁷ Allerdings machten beide deutlich, dass Deutschland ebenfalls zu Zugeständnissen bereit sein müsse, wenn es seine Einflussphäre im Osten erweitern wolle: Zum einen müssten die in Regierungskreisen und unter den deutschen Rechten kursierenden Annexionswünsche aufgegeben werden, zum anderen sei der Abbau der repressiven Polenpolitik in Preußen nötig.⁴⁸

Auch wenn ihre Schriften vielfältig und zum Teil widersprüchlich rezipiert wurden,⁴⁹ waren Feldman und Studnicki sowie weitere polnische Publizisten, Politiker und Intellektuelle in mehrfacher Hinsicht bedeutend für die öffentliche Debatte über die „polnische Frage“: Mit ihren Veröffentlichungen vermittelten sie in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck, dass die Polen die Abtrennung Kongresspolens von Russland wünschten, und traten zugleich als publizistische Wegbereiter einer neuen staatsrechtlichen und politischen Entwicklung in Polen auf. Ferner eröffneten sie den deutschen Lesern ihre – die „polnische“ – Perspektive auf Kongresspolen und offerierten Entwürfe für die Umwandlung des bisherigen russischen Herrschaftsgebietes in einen Bündnispartner Deutschlands und Österreich-Ungarns.⁵⁰ Indem sie die Erweiterung des Einflussbereichs der Mittelmächte mit einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik kombinierten, lieferten sie außerdem schlagende Argumente gegen Annexionen und formulierten somit ein verlockendes Angebot an die gemäßigte Richtung in der deutschen Kriegszieldebatte. Zwar erhoben sie den Anspruch, für die gesamte polnische Nation zu sprechen, präsentierten den deutschen Lesern jedoch nur einen Ausschnitt aus den polnischen Diskussionen über die Zukunft Polens. Denn die Russland und den Westmächten zuneigenden politischen Gruppen beteiligten sich nicht in deutscher Sprache an der Debatte.⁵¹

46 Vgl. Studnicki, Umgestaltung (wie Anm. 44), S. 5 f., 18; Feldman, Deutschland (wie Anm. 44), S. 34; ders., Lösung (wie Anm. 17), S. 32-34; ders., Zukunft (wie Anm. 44), S. 28 f.

47 W. Feldman: Die polnische Frage, in: Das größere Deutschland 1 (1914), Nr. 36, S. 1094-1106, hier S. 1104.

48 Vgl. Feldman, Lösung (wie Anm. 17), S. 28; ders., Deutschland (wie Anm. 44), S. 74-77, 80; ders., Zukunft (wie Anm. 44), S. 64 f.; Studnicki, Umgestaltung (wie Anm. 44), S. 16 f., 20-26.

49 Exemplarisch für die Rezeption in der deutsch- und polnischsprachigen Presse: [Emil] Daniels: Die Polen, in: Preußische Jahrbücher 160 (1915), Nr. 4, S. 159-176, hier S. 163-165; Eine falsche Voraussetzung, in: Die Post 573 v. 10. November 1915; My zostaniemy! [Wir bleiben!], in: Kurjer Poznański 167 v. 25. Juli 1915; Opinia zaboru pruskiego [Die Meinung des preußischen Teilungsgebiets], in: Kurjer Poznański 170 v. 29. Juli 1915.

50 Siehe beispielsweise: Alexander von Guttry: Die Polen und der Weltkrieg. Ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rußland, Preußen und Österreich, München 1915; Moritz von Straszewski: Die polnische Frage, Wien 1915; Franz Kwilecki: Polen und Deutsche gegen Rußland, Berlin 1915; Polens Unabhängigkeit, Europas Gleichgewicht. „Sum cuique“, Luzern 1915; Xaver Drucki-Lubecki: Gedanken zur polnischen Frage, in: Friedrich Thimme (Hrsg.): Vom inneren Frieden des Deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, Leipzig 1916, S. 481-489.

51 Zur Diskussion über die Zukunft Polens in der polnischsprachigen Öffentlichkeit: Elżbieta Stadtmüller: Polskie nurty polityczne wobec Niemiec w latach 1871–1918 [Polnische politische Strömungen gegenüber Deutschland 1871–1918], Wrocław 1994, S. 215-309; Thakur-Smolarek, Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 21).

Nach der Einnahme Warschaws und der vollständigen Besetzung Kongresspolens durch die Mittelmächte im Sommer 1915 meldeten sich vielmehr auch konservative Polen aus den preußischen Ostprovinzen, meist adlige Grundbesitzer, öffentlich zu Wort. Angesichts der als dauerhaft erachteten deutsch-russischen Feindschaft und der Aussicht auf Annäherung Kongresspolens an die Mittelmächte hofften sie, dass sich das deutsch-polnische Verhältnis normalisieren werde. Daher appellierten sie an die polnische Bevölkerung Preußens, dem preußischen König ihre Loyalität zu bekunden und die dauerhafte Zugehörigkeit der ehemals polnischen Landesteile zum Deutschen Reich anzuerkennen. Im Gegenzug habe die Staatsregierung die antipolnischen Ausnahmegesetze aufzuheben, die staatsrechtliche Gleichstellung der Polen zu garantieren und die Pflege des polnischen Nationalbewusstseins zu ermöglichen. Mit ihren Vorschlägen für ein friedliches Zusammenleben im preußischen Staat auf der Grundlage beiderseitigen Entgegenkommens empfahlen sich die konservativen Polen als Träger einer Verständigungspolitik und verlässliche Partner der preußischen Staatsregierung.⁵²

Die Veröffentlichungen wurden in deutschen Zentrums- und linksliberalen Zeitungen positiv beurteilt, während konservative und nationalliberale Blätter sie ignorierten, weshalb sich in der deutschsprachigen Presse keine Diskussion entspann.⁵³ In der polnischsprachigen Presse wurden vergleichbare Aussagen jedoch kontrovers diskutiert. Während nationaldemokratische Zeitungen sich reserviert gaben und vor einem verfrühten und gutgläubigen Entgegenkommen warnten,⁵⁴ plädierte der deutschfreundliche polnische Publizist Adam Napieralski⁵⁵ in einem programmatischen Artikel in der Tageszeitung „Katolik“ und in anderen oberschlesischen Zeitungen emphatisch für eine deutsch-polnische Verständigungspolitik.⁵⁶ Ebenso sprachen sich u.a. der Herausgeber der auflagenstarken westpreußischen „Gazeta Grudziądzka“ [Graudenzer Zeitung], Wiktor Kulerski,⁵⁷ sowie der Wirtschaftspolitiker Jac-

52 Vgl. [Józef] v. Zychlinski: Zur deutsch-polnischen Verständigung, in: *Germania* 348 v. 31. Juli 1915; Johannes Szoldrski: Noch einiges zur polnischen Frage, in: *Der Tag* v. 4. September 1915, illustr. Teil; [Johannes] Kapitzka: Ein Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung, in: *Germania* 440 v. 23. September 1915 u. 441 v. 24. September 1915; Olgierd Czartoryski: Müssen Deutsche und Polen sich immer befehden? Betrachtungen eines konservativen Polen, Stuttgart u.a. 1915, S. 15-17, 20-24; Kwilecki, Polen und Deutsche (wie Anm. 50).

53 Zur deutsch-polnischen Verständigung, in: *Kölnische Volkszeitung* 626 v. 3. August 1915; Graf Kwilecki-Dobrojewo über die polnische Frage, in: *Kölnische Volkszeitung* 669 v. 17. August 1915; Deutsche und Polen gegen Rußland, in: *Germania* 387 v. 24. August 1915; Ignaz Jezower: Die Polen in Preußen. Eine Stimme für die Neuorientierung, in: *Vossische Zeitung* 399 v. 7. August 1915.

54 Vgl. Nie upada na duchu! [fig. Den Kopf nicht hängen lassen!], in: *Orędownik*, zit. nach: *Kurjer Poznański* 153 v. 9. Juli 1915; Bardzo ‚szlachetne‘ zadanie [Ein sehr ‚edelmütiges‘ Ansinnen], in: *Dziennik Berliński*, zit. nach: W obronie własnej [Selbstverteidigung], in: *Kurjer Poznański* 157 v. 14. Juli 1915; My zostaniemy! [Wir bleiben!], in: *Kurjer Poznański* 167 v. 25. Juli 1915.

55 Vgl. Adam Napieralski war bereits 1914 mit einem Programm für eine deutsch-polnische Verständigung hervorgetreten. Felicja Figowa: Napieralski i Korfanty wobec Niemiec i sprawy polskiej w początkach pierwszej wojny światowej [Napieralski und Korfanty gegenüber Deutschland und der polnischen Frage zu Beginn des Ersten Weltkrieges], in: *Zaranie Śląskie* 23 (1960), Nr. 2, S. 194-210, insbes. S. 200-202.

56 Vgl. Nasza postawa podczas wojny [Unsere Haltung im Krieg], in: *Katolik* 84 v. 15. Juli 1915.

57 Vgl. Lech Trzeciakowski: Niemcy a polskie ugrupowanie polityczne w zaborze pruskim w okresie I wojny światowej [Deutschland und die polnischen politischen Gruppen im preußischen Teilungs-

kowski in einer Zuschrift an die Posener Zeitung „Goniec Wielkopolski“ [Der großpolnische Bote] für eine Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis aus.⁵⁸ Deutsche Zeitungen gaben die deutschfreundlichen Äußerungen wieder, um ihren Lesern die Verständigungsbereitschaft der konservativen Polen in Preußen zu illustrieren.⁵⁹ Allerdings überschätzten sie deren Rückhalt in der Bevölkerung enorm, denn die Appelle blieben ohne großen Einfluss und die deutschfreundliche polnische Presse stürzte in der Folge wegen sinkender Verkaufszahlen in eine tiefe Krise.⁶⁰ Da die Veröffentlichungen der konservativen Polen in deutscher Sprache zugänglich waren, überbrückten sie immerhin die bislang weitgehend abgegrenzten deutsch- und polnischsprachigen Öffentlichkeiten in Deutschland und stellten Angebote an die deutschen Leser dar, sich unmittelbar mit den politischen Vorstellungen und Wünschen der Polen zu befassen.

Parallel zu dem Engagement von polnischen Publizisten und Politikern in der deutschsprachigen Öffentlichkeit nahm in der deutschen Presse das Interesse an Polen zu. Allein die Besatzungsverwaltung im besetzten Kongresspolen wurde in zahlreichen Zeitungsartikeln beschrieben und in der Regel äußerst positiv bewertet.⁶¹ Aus deutscher Sicht wurde den Polen durch die „Kulturarbeit“ der Mittelmächte die Teilhabe am zivilisatorischen Fortschritt Westeuropas gewährt, wofür die Eröffnung der Warschauer Hochschulen im November 1915 ein weltweit rezipiertes Beispiel sei.⁶² Des Weiteren befassten sich deutsche Zeitungen und Zeitschriften vermehrt mit der Literatur, Kultur und Geschichte Polens,⁶³ ferner wurden große literarische Werke ins Deutsche übersetzt,⁶⁴ die wissenschaftlichen Forschungen über

- gebiet während des Ersten Weltkrieges], in: Ders. (Hrsg.): *W kręgu polityki. Polacy – Niemcy w XIX wieku*, Poznań 2002, S. 40-53, hier S. 43 f.
- 58 Vgl. *Dążności Ugodowe* [Versöhnungstendenzen], in: *Goniec Wielkopolski* 183 v. 13. August 1915.
- 59 Eine bedeutungsvolle Kundgebung aus dem preußisch-polnischen Lager, in: *Kölnische Volkszeitung* 624 v. 2. August 1915; Jul. Bachem: *Das Echo der Napieralskischen Kundgebung*, in: *Der Tag* v. 28. August 1915, illustr. Teil; *Zur polnischen Frage*, in: *Posener Zeitung* v. 18. August 1915, erstes Blatt; *Preußen und die Polen*, in: *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* v. 19. August 1915, zweite Ausgabe.
- 60 Vgl. Albert S. Kotowski: *Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871–1918*, Düsseldorf 2007, S. 179; Trzeciakowski, *Niemcy* (wie Anm. 57), S. 43 f., 52.
- 61 Exemplarisch für zahlreiche Artikel in der deutschen Presse: *Das neue „Polen links der Weichsel“*, in: *Posener Neueste Nachrichten* 4899 v. 3. Juli 1915; *Deutsche Friedensarbeit in Polen*, in: *Kölnische Zeitung* 1171 v. 18. November 1915; G. Menzel: *Deutsche Kulturarbeit in Feindesland*, in: *Der Tag* v. 25. September 1915, illustr. Teil; Paul Harms: *Deutsche Verwaltung in Polen*, in: *Berliner Tageblatt* 594 v. 20. November 1915.
- 62 Vgl. Jesse Curtis Kauffman: *Warsaw University under German Occupation: State Building and Nation *Bildung* in Poland during the Great War*, in: *First World War Studies* 4 (2013), Nr. 1, S. 65-79.
- 63 Beispielsweise druckte der sozialdemokratische „Vorwärts“ zum 70. Geburtstag des Schriftstellers Henryk Sienkiewicz ein Fragment aus dessen Roman „Mit Feuer und Schwert“. Henryk Sienkiewicz: *Der Zug der Kosaken*, in: *Vorwärts* v. 4. Mai 1916, Unterhaltungsblatt. Im Sommer 1918 publizierte das Blatt im Feuilleton Władysław Reymonts Roman „Das gelobte Land“. Vgl. Hubert Orłowski: „Polnische Wirtschaft“. *Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit*, Wiesbaden 1996, S. 289.
- 64 So erschienen in der Reihe „Die polnische Bibliothek“ im Georg Müller Verlag München u.a. Werke von Jan Kochanowski, Adam Mickiewicz, Juliusz Słowacki und Zygmunt Krasiński. Die polnische Bibliothek, in: *Polnische Blätter* 2 (1916), Nr. 34, S. 193 f.

Kongresspolen nahmen zu⁶⁵ und die Zeitschriften „Polnische Blätter“ und „Polen – Wochenschrift für polnische Interessen“ lieferten regelmäßig Nachrichten aus dem Nachbarland.

Mit ihrem Werben für eine Revision der preußischen Polenpolitik, das konfliktfreie Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen und einen polnischen Staat suchten die polnischen Verfasser ein Klima der Verständigung und eine erwartungsvolle Atmosphäre in der deutschen Öffentlichkeit zu erzeugen. Es ist bemerkenswert, dass sich auch deutsche politische Entscheidungsträger wie Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und der Warschauer Generalgouverneur Hans von Beseler auf die Debatte bezogen. Beide bedienten sich rhetorisch bei den Befürwortern einer deutsch-polnischen Verständigung und begründeten die Einbeziehung Polens in den Einflussbereich der Mittelmächte mit der Zugehörigkeit des Landes zum westlichen Kulturkreis, mit dem polnisch-russischen Antagonismus und den gemeinsamen Sicherheitsinteressen gegen Russland.⁶⁶ Somit schien sich auch in der politischen Kommunikation über die „polnische Frage“ ein Wandel abzuzeichnen, der mit der Proklamation des Königreiches Polen am 5. November 1916 seinen Höhepunkt und Abschluss fand.

Das Königreich Polen und das Ende der Verständigungsdebatte

In dem im Namen der Kaiser Deutschlands und Österreich-Ungarns verkündeten Manifest der Errichtung des Königreiches Polen wurde die Bildung eines „selbständigen Staat[es] mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung“ auf dem Gebiet Kongresspolens in Aussicht gestellt, der mit einer eigenen Armee an den Ruhm der „polnischen Heere früherer Zeiten“ anknüpfen sollte.⁶⁷ Die Verstärkung durch ein polnisches Heer war für die politischen und militärischen Führungen der Mittelmächte angesichts der prekären Kriegslage im Herbst 1916 mit den verlustreichen Schlachten um Verdun und an der Somme sowie der Gebietsverluste Österreich-Ungarns infolge der russischen Brusilov-Offensive der eigentliche Grund für die Proklamation. Obwohl das neue Königreich weder fest umrissene

65 Zum Beispiel publiziert in den Reihen „Veröffentlichungen der Archiv-Verwaltung bei dem Kaiserlich-Deutschen Generalgouvernement Warschau“ mit drei Bänden sowie „Beiträge zur polnischen Landeskunde“ mit sieben Bänden während des Krieges. Adolf Warschauer: Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten, Berlin 1926, S. 281-294, 301 f.

66 Siehe die Ausführungen Bethmann Hollwegs zu Polen in seinen Reichstagsreden: Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 13. Leg., II. Sess., Bd. 306, 13. Sitz., 19.8.1915, S. 219; ebenda, Bd. 306, 22. Sitz., 9.12.1915, S. 436 f.; ebenda, Bd. 307, 39. Sitz., 5.4.1916, S. 852; sowie die Ansprachen Beselers an deutsche Journalisten: Paul Nathan: Fortschritte in Polen, in: Berliner Tageblatt 174 v. 5. April 1917; Josef Adolf Bondy: Beseler und der Aufbau Polens, in: Posener Tageblatt 378 v. 15. August 1917; W. K.: Eine Fahrt nach Polen. II. Die Politik des Generalgouverneurs v. Beseler, in: Frankfurter Zeitung v. 17. August 1917, erstes Morgenblatt. Zu Beselers politischen Vorstellungen: Robert Spät: Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft? Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915–1918, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), H. 4, S. 469-500, hier S. 476-479.

67 Das Manifest wurde in allen großen Zeitungen Deutschlands und Österreich-Ungarns wiedergegeben, siehe beispielsweise: Manifest der Errichtung des Königreiches Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 5. November 1916, zweite Ausgabe; Polen als selbständiger Staat, in: Neue Freie Presse v. 5. November 1916, Morgenblatt.

Grenzen noch ein Staatsoberhaupt besaß und obwohl es als innenpolitisch autonomer, aber außenpolitisch, wirtschaftlich und militärisch abhängiger Staat in den Einflussbereich der Mittelmächte einbezogen werden sollte, war die Proklamation ein bedeutendes politisches Ereignis. Vor dem Hintergrund der repressiven preußischen Polenpolitik in der Vorkriegszeit schien das anvisierte Bündnis einen außergewöhnlichen Kurswechsel zu markieren und die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen auf eine neue Grundlage zu stellen.

In erster Linie war die Proklamation aber ein besonderes Medienereignis, das weltweit für Aufsehen sorgte und in den folgenden Tagen die Schlagzeilen bestimmte. In Deutschland und Österreich-Ungarn beschrieben die Zeitungen ausführlich die feierliche Verkündung, die Begeisterung der polnischen Bevölkerung und die Umzüge, Kundgebungen und Ansprachen im neuen Königreich Polen.⁶⁸ Sie interpretierten die Euphorie als politische Loyalität und konstatierten die Bereitschaft der Polen zur Zusammenarbeit mit den Mittelmächten. Auch hoben sie hervor, dass die polnische Bevölkerung und Presse in Preußen und Galizien die Proklamation mehrheitlich begrüßt hätten.⁶⁹ Allerdings sprach aus solchen Beurteilungen eher die Erwartung, dass die Polen sich dankbar zeigen würden. Zwar hatte die polnische Presse die Proklamation überrascht aufgenommen und als bedeutenden Schritt des Entgegenkommens bewertet, jedoch blieben viele – insbesondere nationaldemokratische – Zeitungen skeptisch.⁷⁰

Nachdem die deutsche Presse ausführlich über das neue Königreich berichtet hatte, rückte bald der politische Entscheidungsprozess zur Errichtung eines polnischen Staates in den Vordergrund. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hatten unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden, weder die Parlamente noch die Presse hatten vorab öffentlich Stellung zu dem Vorhaben nehmen können. Nun zeigten sich vor allem deutsche konservative und nationalliberale Blätter angesichts des geheimen Vorgehens enttäuscht und machten ihre Abneigung gegen den neuen polnischen Staat deutlich. Dabei bedienten sie sich der Argumente und des Vokabulars der linken Parteien, beklagten einen „Rückfall in absolutistische Regierungsformen“⁷¹ und verurteilten das neu erstandene Polen als ein „Produkt *autokratischer Regierungsweise*“.⁷² Auf der anderen Seite des politischen Spektrums kritisierten sozialdemokratische, linksliberale und zentrumsnahe Zeitungen gleichfalls die anachronistische Politik „von oben“ ohne Beteiligung des Reichstags oder der betroffenen Bevölkerung. Denn durch die Ausschaltung der Parlamente und der Öffentlichkeit seien die

68 Vgl. Die Errichtung des Königreichs Polen. Die Begeisterung in Warschau, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 6. November 1916; Erich Dombrowski: Die Feier in Warschau, in: Berliner Tageblatt 569 v. 6. November 1916; Rudolf Cuno: Das neue Königreich, in: Vossische Zeitung 569 v. 6. November 1916; Warschauer Eindrücke, in: Kölnische Zeitung 1136 v. 8. November 1916.

69 Exemplarisch für die Bezugnahme deutscher Zeitungen auf die polnische Presse: Der Eindruck in Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 7. November 1916, zweite Ausgabe; Die Errichtung des Königreichs Polen, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 10. November 1916, zweite Ausgabe.

70 Vgl. Thakur-Smolarek, Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 21), S. 357-369.

71 Das Königreich Polen und der Alldeutsche Verband, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung v. 15. November 1916. Das Blatt zitierte aus: An der Schwelle eines neuen Polen, in: Alldeutsche Blätter 26 (1916), Nr. 46, S. 433-436, hier S. 435.

72 Auf dem Wege zur Lösung?, in: Die Post 569 v. 6. November 1916 (kursive Hervorhebung im Original gesperrt).

Sozialdemokratie und die Linksliberalen daran gehindert worden, ihren Einfluss zugunsten eines freiheitlichen und demokratischen Polens geltend zu machen.⁷³

Die Einschätzung über das Mitspracherecht der Volksvertretung und der Presse hing von der prinzipiellen Haltung gegenüber den Polen ab. Während den deutschen Rechten die bloße Existenz des neuen Staates bedenklich erschien, Sozialdemokraten und Linksliberale dagegen die Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung anmahnten, wurde die Kritik schwächer, je größer die Sympathie für das neue Polen ausfiel. Für die deutschen Zeitungsläser erschien die Situation jedoch als ambivalent, da die Bewertung der Proklamation mit der Kritik an der Vorgehensweise der Regierungen verquickt wurde. Von dem in vielen Zeitungen geäußerten Vorwurf, das deutsche Volk sei übergangen worden, konnten sich die Leser direkt angesprochen fühlen. Ob daraus gefolgert werden kann, dass die deutsche Bevölkerung dem neuen Polen mehrheitlich reserviert gegenüberstand, muss jedoch offen bleiben.

Die von der Presse eingeforderte Stellungnahme der Volksvertreter erfolgte schließlich zwei Wochen später im Preußischen Abgeordnetenhaus. Am 20. November 1916 nahm die konservativ-nationalliberale Mehrheit nach einer hitzigen Parlamentsdebatte einen Antrag an, in dem festgestellt wurde, dass die Proklamation des Königreiches Polen „wichtigste Lebensinteressen“ des preußischen Staates berühre. Das Haus lehnte präventiv alle weiteren Beschlüsse ab, die sich nachteilig auf die preußischen Ostprovinzen auswirkten, und forderte die preußische Staatsregierung auf, weiterhin für die Wahrung des „deutschen Charakters“ der Ostprovinzen und für den Schutz des „Deutschtums“ einzutreten.⁷⁴

Mit diesem Antrag rückten die Konservativen und Nationalliberalen die preußischen Ostprovinzen in den Mittelpunkt der Diskussion und erhoben den Anspruch, die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Polen maßgeblich zu bestimmen. Die Polnische Fraktion protestierte gegen den Antrag, bewertete die Proklamation zurückhaltend und bekräftigte die nationale Zusammengehörigkeit aller Polen. Damit traten die Fronten zwischen deutschen Rechten und polnischen Nationaldemokraten wieder hervor, die sich anschließend in der öffentlichen Debatte weiter verhärteten. Unter Rückgriff auf die hitzigen Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit bezogen sich sowohl die Befürworter als auch die Gegner einer deutsch-polnischen Verständigung auf das Königreich Polen, um ihren Standpunkt in der preußischen Polenpolitik zu unterstreichen: Während die Befürworter mithilfe der entgegenkommenden Politik der Mittelmächte in Kongresspolen eine grenzüberschreitende Gleichbehandlung aller Polen zu erwirken suchten, erhoben die Gegner den polnischen Staat zur potenziellen Bedrohung für Deutschland und begründeten damit die Beibehaltung der antipolnischen Ausnahmegesetze in Preußen.⁷⁵

73 Zum Manifest in Warschau, in: Vorwärts v. 6. November 1916; Die vorläufige Regelung der Polenfrage, in: Münchner Post v. 7. November 1916; Das Königreich Polen, in: Freisinnige Zeitung v. 7. November 1916; Zur Würdigung Neu-Polens, in: Germania 518 v. 7. November 1916; Zur Staatwerdung Polens, in: Kölnische Volkszeitung 901 v. 9. November 1916.

74 Verhandlungen des preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Leg., III. Sess. 1916/18, Drucksachen, Bd. 4, Nr. 285, S. 2336. Für die Annahme des Antrags: Verhandlungen des preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Leg., III. Sess. 1916/18, Bd. 3, 40. Sitz., 20.11.1916, Sp. 2423.

75 Für die sozialdemokratische, linksliberale und Zentrumsprelle: Die Polendebatte im Abgeordnetenhaus, in: Vorwärts v. 21. November 1916; Der Polenantrag, in: Vossische Zeitung 597 v. 21. November 1916; Die Polenfrage im Landtag, in: Frankfurter Zeitung v. 21. November 1916, zweites Morgenblatt; Ein Unglückstag im preussischen Abgeordnetenhaus, in: Kölnische Volkszeitung

Darüber hinaus trug die Freigabe der Kriegszieldiskussion Ende November 1916 wesentlich dazu bei, dass die deutsche politische Rechte ihre Annexionspolitik an der deutschen Ostgrenze immer offener propagierte und gegen den polnischen Staat richtete, dessen bloße Existenz die territoriale Ausdehnung Deutschlands behindere.⁷⁶ In den ersten beiden Kriegsjahren waren solche Kriegsziele öffentlich kaum vertreten worden. Vielmehr war die deutsche Öffentlichkeit weitgehend ein geschützter Kommunikationsraum für die Befürworter einer Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis gewesen. Sie hatten von den veränderten Rahmenbedingungen der öffentlichen Kommunikation, dem Burgfrieden, der unterbundenen Kriegszieldiskussion und der Zensur profitiert und somit die Debatte über die „polnische Frage“ entscheidend beeinflussen können. Ihre Gegner – neben den deutschen Rechten auch die polnischen Nationaldemokraten – waren in der Öffentlichkeit kaum präsent gewesen, traten aber nach Freigabe der Kriegszieldiskussion wieder selbstbewusst hervor und verwarfen das Projekt einer deutsch-polnischen Verständigungspolitik.

Mit der Proklamation war zwar eine wichtige außenpolitische Entscheidung gegen die Annexionsbestrebungen der Rechten und zugunsten der Befürworter gemäßiger Kriegsziele gefällt worden und die Etablierung einer indirekten Herrschaft in Ostmitteleuropa ohne direkte Gebietserwerbungen schien eingeläutet. Dennoch verschwand die Vision einer Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen bis zum Sommer 1917 weitgehend aus der öffentlichen Debatte. Die Erwartung vieler Verständigungsbefürworter, dass Polen sich als militärisch potenter Bündnispartner der Mittelmächte bewähren und dafür mit dem sukzessiven Ausbau des Staatswesens belohnt werde, erfüllte sich nicht. Das Projekt der Staatsgründung erlebte vielmehr einen großen Rückschlag, als im Juli 1917 die Bildung eines polnischen Heeres scheiterte, da viele Rekruten den Eid verweigerten, in dem auf ein Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn Bezug genommen wurde – und die Besatzungsmächte daraufhin den angesehenen Legionsbrigadier Józef Piłsudski internierten.⁷⁷

Die Zentrumsblätter, linksliberalen und sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands berichteten im Jahr 1917 zwar über politische Ereignisse in Polen, allerdings erschöpfte sich die Berichterstattung zumeist in kritischen Einwänden gegenüber vermeintlichen Fehlentwicklungen. Den detaillierten Entwürfen der deutschen Rechten, die von der bloßen militärischen Verwaltung des Landes über die Rückgabe an Russland bis hin zu Anne-

936 v. 21. November 1916. – Für die deutsche rechte Presse: P. B: Nach der Polendebatte, in: Deutsche Tageszeitung 594 v. 24. November 1916; Die Parteien und die Polen, in: Die Post 597 v. 21. November 1916; Ein lehrreicher Tag. Polnische Loyalität im preußischen Abgeordnetenhaus, in: Berliner Neueste Nachrichten v. 21. November 1916.

76 Zu den deutschen Plänen der Annexion eines „polnischen Grenzstreifens“ vgl. Wolfgang J. Mommsen: Anfänge des *ethnic cleansing* und der Umsiedlungspolitik im Ersten Weltkrieg, in: Eduard Mühle (Hrsg.): Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Marburg 2001, S. 147-162; Christhardt Henschel: Territoriale Expansion und „völkische Flurbereinigung“. Überlegungen für einen „polnischen Grenzstreifen“ im Ersten Weltkrieg, in: Karoline Gil, Christian Pletzing (Hrsg.): Granica. Die deutsch-polnische Grenze vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, München 2010, S. 61-74; sowie immer noch grundlegend: Imanuel Geiss: Der polnische Grenzstreifen. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck u.a. 1960.

77 Vgl. Włodzimirz Suleja: Próba budowy zrębów polskiej państwowości w okresie istnienia Tymczasowej Rady Stanu [Der Versuch des Aufbaus von Grundlagen der polnischen Staatlichkeit während des Bestehens des Provisorischen Staatsrates], Wrocław 1981, S. 241-256.

xionsplänen und Kolonisationsphantasien ein weites Spektrum abdeckten, setzten sie keine verheißungsvolle Vision für eine deutsch-polnische Verständigung entgegen. Als die Aufstellung eines Heeres scheiterte und somit die erwartete militärische Gegenleistung der Polen für das politische Zugeständnis der Proklamation ausblieb, waren immer weniger Publizisten und Politiker dazu bereit, sich inhaltlich mit der scharfen und destruktiven Kritik der Rechten auseinanderzusetzen und positive Deutungsangebote zu propagieren. Selbst die im Oktober 1917 erfolgte Einsetzung eines polnischen Regentschaftsrates als exekutive Staatsgewalt, der gleichwohl unter der Kontrolle der Besatzungsmächte stand,⁷⁸ hatte keinen bedeutenden Einfluss auf die besonders in Deutschland stark antipolnisch geprägte öffentliche Debatte.

Aufgrund des militärischen Vorrückens der Mittelmächte an der Ostfront, der Revolutionen in Russland 1917 und schließlich der Friedensverträge von Brest-Litovsk 1918 lag Polen nun ohnehin an der Peripherie des Krieges im Osten und damit im Randbereich der öffentlichen Aufmerksamkeit. Insbesondere der Friedensvertrag mit dem neu geschaffenen Staat Ukraine wirkte sich verheerend auf das deutsch-polnische Verhältnis aus. Während die Mittelmächte vorteilhafte Bedingungen durchsetzten, wurde mit der Überlassung des von den Polen als Teil des polnischen Staates angesehenen Cholmer Landes deutlich signalisiert, dass das Königreich Polen in den Planungen der deutschen Militärs und Politiker für die zukünftige Gestaltung Ostmitteleuropas nur eine untergeordnete Rolle spielte und sogar ein Hindernis für Annexionen und die Schaffung eines „polnischen Grenzstreifens“ darstellte.⁷⁹ Die Siegesgewissheit in Deutschland im letzten Kriegsjahr und die Erwartung territorialer Gewinne im Osten hatten schließlich gravierende Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis, denn in der deutschen Öffentlichkeit hielt sich trotz des Scheiterns der Westoffensive der Glaube an ein Kriegsende, bei dem Deutschland die Friedensbedingungen diktieren werde.⁸⁰

Der Schock, die Desillusionierung und die Enttäuschung infolge der Kriegsniederlage waren schließlich umso größer und wurden aus deutscher Sicht durch den polnischen Staat verkörpert, der sich ab November 1918 unter dem Schutz der Westmächte Teile der preußischen Ostprovinzen aneignete. Die Machtlosigkeit Deutschlands gegenüber den polnischen Aufständen in Posen und Schlesien, ferner die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles und die Gebietsabtretungen an Polen, bildeten das Fundament für die angespannten und frostigen deutsch-polnischen Beziehungen in der Nachkriegszeit. Eine Verständigung der sich feindlich gegenüberstehenden Staaten Deutschland und Polen war in der Zeit der Weimarer Republik kaum denkbar.⁸¹ Die Bemühungen der Befürworter einer deutsch-polnischen Verständigung während der Kriegszeit waren durch den Ausgang und die Konsequenzen des Krieges, die in Deutschland als Abfolge schwerer Demütigungen

78 Vgl. Janusz Pajewski: *Odbudowa państwa polskiego 1914–1918* [Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914–1918], Warszawa 1978, S. 181–184.

79 Frank Golczewski: *Deutsche und Ukrainer, 1914–1939*, Paderborn u.a. 2010, S. 179–196.

80 Vgl. Michael Epkenhans: *Die Politik der militärischen Führung 1918: „Kontinuität der Illusionen und das Dilemma der Wahrheit“*, in: Jörg Duppler, Gerhard P. Gross (Hrsg.): *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, München 1999, S. 217–233.

81 Vgl. Rudolf Jaworski: *Zwischen Polenliebe und Polenschelte. Zu den Wandlungen des deutschen Polenbildes im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Dietrich Beyrau (Hrsg.): *Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutsche in Geschichte und Gegenwart*, Tübingen 1999, S. 55–70, hier S. 63 f.

empfunden wurden, vollständig diskreditiert. Die intensiven öffentlichen Erörterungen der ersten beiden Kriegsjahre über eine Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen und über die Errichtung eines mit Deutschland verbündeten polnischen Staates blieben somit eine flüchtige Episode in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Summary

The start of the First World War placed the public debate around the „Polish question“ on new foundations in Germany and Austria-Hungary: In the war against Russia the Central Powers attempted to secure the goodwill of the Polish people in all three partitioned areas. In the light of Prussia's repressive policy towards Poland in the pre-war era, the signs of a policy change were registered with interest in the German- and Polish-speaking press of both states and were discussed in terms of their significance for the war and for German-Polish relations. At the beginning of the war, public debate on the „Polish question“ focussed on the possibility of a people's uprising in Congress Poland as a means of weakening Poland's war enemy, Russia. In the autumn of 1914, Polish and German journalists, publicists and politicians raised the question of Polish statehood and argued in favour of a policy of rapprochement and agreement between Germany and Poland. A shift in German-Polish relations was becoming apparent; this took on more tangible shape with the introduction of an administrative body for the occupied territory in Congress Poland as of August 1915 and the proclamation of the Kingdom of Poland in November 1916 and benefitted from the peaceful domestic situation in Germany and Austria-Hungary. However, the establishment of a Polish state by Germany and Austria-Hungary was unable to fulfil the high expectations of either the Poles or the Central Powers; as a result, the debate around rapprochement and agreement between Germany and Poland began to flail, and, particularly in Germany, was replaced by a discussion of annexationist war goals.